

VORABZUG

Beschlussempfehlung und Bericht^{*)}
des Ausschusses für Finanzen

zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 17. Juli 2025
– Drucksache 17/9207

Jahresbericht 2025 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des
Landes Baden-Württemberg
hier: Beitrag Nr. 7 – Wasserschutzpolizei – Aufgaben, Struktur
und Kosten

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 17. Juli 2025 zu Beitrag Nr. 7
– Drucksache 17/9207 – Kenntnis zu nehmen.

II. Die Landesregierung zu ersuchen,

1. die 1955 geschlossene Vereinbarung mit dem Bund über die Ausübung der schiffahrtspolizeilichen Vollzugsaufgaben an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen;
2. gegenüber dem Bund zu versuchen, eine Erstattung der bislang allein vom Land getragenen Kosten für die Erfüllung originärer Bundesaufgaben zu erreichen;
3. mit Rheinland-Pfalz eine intensivere Zusammenarbeit auf dem Rhein anzustreben und diesbezüglich auch eine Konzentration der Standorte zu prüfen;
4. die bestehenden Regelungen der Gebührenverordnung des Innenministeriums zu Seenotrettungseinsätzen anzuwenden;
5. dem Landtag über das Veranlasste bis 31. Dezember 2026 zu berichten.

23.10.2025

Der Berichterstatter:

Emil Sänze

Der Vorsitzende:

Martin Rivoir

***) Der Bericht liegt noch nicht vor.**

Ausgegeben: 27.10.2025

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeich-
net mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

Anlage

**Zu TOP 8e)
56. FinA/23.10.2025**

**Landtag von Baden-Württemberg
17. Wahlperiode**

Antrag

**des Abg. Dr. Markus Rösler u. a. GRÜNE und
des Abg. Dr. Albrecht Schütte u. a. CDU**

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 17. Juli 2025
– Drucksache 17/9207**

**Jahresbericht 2025 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes
Baden-Württemberg
hier: Beitrag Nr. 7 – Wasserschutzpolizei – Aufgaben, Struktur und Kosten**

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 17. Juli 2025 zu Beitrag Nr. 7 – Drucksache 17/9207 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
 1. die 1955 geschlossene Vereinbarung mit dem Bund über die Ausübung der schiffahrtspolizeilichen Vollzugsaufgaben an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen;
 2. gegenüber dem Bund zu versuchen, eine Erstattung der bislang allein vom Land getragenen Kosten für die Erfüllung originärer Bundesaufgaben zu erreichen;
 3. mit Rheinland-Pfalz eine intensivere Zusammenarbeit auf dem Rhein anzustreben und diesbezüglich auch eine Konzentration der Standorte zu prüfen;
 4. die bestehenden Regelungen der Gebührenverordnung des Innenministeriums zu Seenotrettungseinsätzen anzuwenden;
 5. dem Landtag über das Veranlasste bis 31. Dezember 2026 zu berichten.

23.10.2025

Dr. Rösler, Erikli, Evers, Knopf, Pix, Saebel, Salomon, Seimer GRÜNE
Dr. Schütte, Hockenberger, Mack, Mayr, Dr. Reinhart, Schweizer CDU